

MITTEILUNG / 21.04.2009

Herausgeber: Antje Tillmann MdB  
Redaktion:  
Cornelia Nörthen (030) 227-78019  
Telefax (030) 227-76497

antje.tillmann@bundestag.de  
www.antje-tillmann.de

# Ist-Besteuerung für Thüringer Betriebe mit einem Jahresumsatz bis 500.000 Euro soll verlängert werden

Die Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich auf Ihrer heutigen Sitzung für eine **Verlängerung** und **Ausweitung der sog. Ist-Besteuerung** bei der Erhebung der Umsatzsteuer ausgesprochen.

Befristet bis **31.12.2009** ist die Möglichkeit der Ist-Besteuerung in den ostdeutschen Bundesländern für Unternehmen mit einem erhöhten Jahresumsatz von bis zu 500.000 Euro eröffnet.

Diese Möglichkeit würde ohne gesetzgeberisches Handeln auslaufen und die Einführung der geringeren allgemeinen Umsatzgrenze wäre für Thüringer Unternehmen mit Liquiditätspässen verbunden.

Zudem spricht sich die Arbeitsgruppe für eine deutschlandweite Angleichung der Ist-Besteuerung für Betriebe mit einem Jahresumsatz bis 500.000 Euro aus.

Generell gilt die sog. **Soll-Besteuerung**, d.h. die Unternehmer sind verpflichtet die Umsatzsteuer nach **vereinbarten** Entgelten an das Finanzamt abzuführen, ohne dass sie eventuell das Geld von ihren Kunden bereits erhalten haben. Dies kann zu Liquiditätspässen führen, da der Kunde erst nach Rechnungslegung und dann teilweise später oder gar nicht zahlt.

Deshalb gilt für kleinere Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis **250.000 Euro** deutschlandweit die sog. **Ist-Besteuerung** wonach die Umsatzsteuer erst nach **vereinnahmten** Entgelten an das Finanzamt abgeführt werden muss.

„Wir werden für eine Verlängerung über den 31.12.2009 hinaus kämpfen. Mit der deutschlandweiten Erhöhung der Umsatzgrenze auf 500.000 Euro gleichen wir zum einen die Verhältnisse in Deutschland an und unterstützen gleichzeitig kleiner Unternehmen bei der Betriebsführung, Es freut mich sehr, das meine Fraktionskollegen so entschlossen hinter dieser Entscheidung stehen und damit auch eine Verschlechterung der Lage von Unternehmen in Ostdeutschland ab 01. Januar 2010 abgewendet wird“, so die Thüringer CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Arbeitsgruppe Finanzen Antje Tillmann.